

FÜR EINE ZUKUNFTSFÄHIGE WIRTSCHAFT MIT FAIREN UND NACHHALTIGEN LIEFERKETTEN IN EINER VIELFÄLTIGEN GESELLSCHAFT!

Für die Zukunft braucht es Ideen, wie **Deutschland seiner Verantwortung in der Welt** gerecht werden und dabei gleichzeitig seine **Resilienz gegenüber Krisen** ausbauen kann. Und es braucht eine Werterhaltung, die **klare Leitplanken für ein gutes Leben für Alle** bietet. Der Faire Handel denkt zukunftsfähige Wirtschaft, Fairness, Gerechtigkeit, Solidarität sowie Umwelt- und Klimaschutz zusammen. Das eine kann es ohne das andere nicht geben. Deshalb kämpfen wir auch für **weltoffene, solidarische Gesellschaften**, die lebenswerte Perspektiven für benachteiligte Produzent*innen weltweit sowie Schutzsuchende bieten und in denen Rassismus und andere Diskriminierungsformen keinen Platz haben.

Der Faire Handel hat besonders in den letzten Jahren gezeigt, dass **stabile und transparente Lieferketten** sowie eine **auf die Zukunft ausgerichtete Wirtschaft** entscheidende Faktoren dafür sind, Menschen ein würdiges Leben auf einem intakten Planeten zu ermöglichen. Mit seinen langfristig aufgebauten und auf sozialen und ökologischen Prinzipien basierenden Strukturen hat der Faire Handel sich als krisenfest erwiesen. Aus diesen Erfahrungen hat das **Forum Fairer Handel zusammen mit seinen Mitgliedern Forderungen an die zukünftige Bundesregierung** aufgestellt.

Diese beinhalten die **vier Kernforderungen**:

1. **Konzernmacht beschränken und Produzent*innen stärken!**
2. **Starke Regelwerke für faire Wertschöpfungsketten schaffen!**
3. **Stärkung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft vorantreiben!**
4. **Agrarökologie und bäuerliche Landwirtschaft weltweit stärken!**

1. DEUTSCHLAND BRAUCHT EINEN GERECHTEN WETTBEWERB, DER PRODUZENT*INNEN WELTWEIT EIN FAIRES EINKOMMEN ERMÖGLICHT.

Konzernmacht beschränken und Produzent*innen stärken!

Zwischen den Akteuren in nationalen und globalen Lieferketten besteht **ein großes Macht- und Verhandlungsungleichgewicht**. Die zunehmende Marktkonzentration schadet Verbraucher*innen, Produzent*innen, der Umwelt und letztlich auch der Demokratie, da marktmächtige Unternehmen übermäßige politische und gesellschaftliche Gestaltungsmacht erhalten. Das jüngste Hauptgutachten der Monopolkommission bestätigt, dass in der Lebensmittellieferkette eine Verschiebung der Preisaufschläge aus dem Agrarsektor hin zum verarbeitenden Gewerbe und dem Einzelhandel zu beobachten ist. D. h. die Menschen, die unsere Lebensmittel produzieren, bekommen immer weniger, während die Gewinne bei den Händlern steigen. Gleichzeitig sehen sich **Produzent*innen mit steigenden Herausforderungen konfrontiert**. Die Klimakrise und der daraus resultierende Verlust der biologischen Vielfalt erfordern von ihnen sowohl Anpassungsmaßnahmen als auch mehr Anstrengungen beim Klima- und Umweltschutz, doch die Erzeugerpreise reichen häufig nicht zum Leben und machen einen umwelt- und klimaschonenden Anbau unmöglich. Ein zukunftsorientierter und gerechter Wettbewerb sieht anders aus und muss allen – Unternehmen, Erzeuger*innen und Verbraucher*innen – zu Gute kommen. Gleichzeitig muss durch politische Maßnahmen sichergestellt werden, dass sich alle Verbraucher*innen gute und gesunde Lebensmittel leisten können. Dies fördert auch den demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft!

Deshalb fordern wir von der zukünftigen Bundesregierung:

- Die steigende **Konzentration in Lebensmittel-Lieferketten** wirksam zu bekämpfen. Aus diesem Grund setzen wir uns für eine Sektoruntersuchung durch das Bundeskartellamt ein, deren Empfehlungen dann von einer zukünftigen Regierung zum Wohle der Produzent*innen umgesetzt werden müssen.
- Den Einsatz auf EU-Ebene für eine **ambitionierte Evaluierung der EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken** (UTP-Richtlinie), sowie eine **Weiterentwicklung des deutschen**

Agrarorganisationen-und-Lieferketten-Gesetzes (AgrarOLkG), um eine wirksame Unterbindung von unlauteren Handelspraktiken und unfairen Preisen sicherzustellen. Dazu gehören:

- Eine **Generalklausel**, welche grundsätzlich alle unlauteren Handelspraktiken verbietet.
- Ein **Gebot des Kaufs zu kostendeckenden Preisen**, um ruinöse Preiskämpfe auszuschließen und existenzsichernde Einkommen und Löhne entlang der gesamten Lieferkette zu ermöglichen.
- Eine **unabhängige Ombuds- und Preistransparenzstelle**, welche Transparenz bei der Preisgestaltung und Verteilung von Margen schafft und auch Verbraucherpreise im Blick behält.
- Die stärkere **Berücksichtigung von Produzent*innen außerhalb der EU** bei der Weiterentwicklung des Gesetzes.

2. DEUTSCHLAND MUSS NACHHALTIGE UND FAIRE LIEFER- UND WERTSCHÖPFUNGSKETTEN FÖRDERN.

Starke Regelwerke für faire Wertschöpfungsketten!

Bei der Herstellung unserer Alltagsprodukte werden immer wieder Menschen- und Arbeitsrechte verletzt und Maßnahmen zum Schutz unserer Umwelt missachtet. Für eine dringend notwendige Transformation hin zu einer sozial und ökologisch nachhaltigeren Wirtschaft braucht es **starke rechtliche Rahmenwerke**, die hohe soziale und ökologische Standards in Wertschöpfungsketten durchsetzen und die aktuelle Benachteiligung von nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen vermindern. Das deutsche Lieferkettengesetz war ein erster wichtiger Schritt dafür und zeigt bereits erste positive Wirkungen. Die **EU-Lieferkettenrichtlinie** (CSDDD) bietet nun die Chance, das deutsche Gesetz ambitioniert weiterzuentwickeln und fairere Arbeitsbedingungen, existenzsichernde Löhne und Einkommen sowie eine klima- und umweltfreundlichere Produktion voranzutreiben. Die zukünftige Bundesregierung muss diesen Weg konsequent weitergehen. Zudem muss sichergestellt werden, dass kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) und Produzent*innen entlang der gesamten Wertschöpfungskette die nötige Unterstützung zur Umsetzung der Regulierungen erhalten.

Deshalb fordern wir von der zukünftigen Bundesregierung:

- Eine **schnelle und ambitionierte Umsetzung der EU-Lieferkettenrichtlinie in deutsches Recht**, ohne das Schutzniveau des deutschen Gesetzes abzusenken. Dies bedeutet unter anderem:
 - Die **Anzahl** der vom deutschen Gesetz erfassten **Unternehmen** darf nicht sinken.
 - Das deutsche Gesetz muss eine ambitionierte und weithin anerkannte **Definition von existenzsichernden Löhnen und Einkommen** vorgeben (bspw. von der Living Income Community of Practice).
 - Die Ausgestaltung **verantwortungsvoller Beschaffungspraktiken** sollte sich an den Grundsätzen des Fairen Handels orientieren.
 - Für eine effektive Kontrolle des Gesetzes muss die für die Umsetzung **zuständige Behörde mit ausreichend Kapazitäten** ausgestattet werden.
 - Eine **kohärente und einheitliche Umsetzung** aller Gesetze im Themenbereich **nachhaltigkeitsbezogener Sorgfaltspflichten**, ohne dabei Nachhaltigkeitsziele zu untergraben.
- Einen aktiven Einsatz für ein **verbindliches Abkommen zu Wirtschafts- und Menschenrechten in den Vereinten Nationen**. Deutschland sollte den **UN-Treaty-Prozess** im Rahmen der EU konstruktiv vorantreiben und auf ein umfassendes und solides EU-Verhandlungsmandat hinwirken.
- Umfassende **Unterstützungsleistungen für Kleinproduzent*innen**, die durch die Einführung von EU-Gesetzesvorhaben (z. B. EUDR, CSDDD) in deutschen und internationalen Wertschöpfungsketten betroffen sind. Dies umfasst neben Informationsmaßnahmen insbesondere auch finanzielle Unterstützung für die Einführung von Umwelt- und Sozialstandards.
- Die **Einführung von Schutzmechanismen**, die eine Weitergabe von Sorgfaltspflichten und den damit verbundenen Kosten an vorgelagerte Zulieferer unterbinden.

3. DEUTSCHLAND SOLLTE ZU EINEM ZENTRALEN STANDORT FÜR GEMEINWOHLORIENTIERTES WIRTSCHAFTEN AUSGEBAUT WERDEN.

Stärkung der gemeinwohlorientierten Wirtschaft!

Deutschland hat eine lange Tradition im Bereich **sozialer Innovationen und der Gründung gemeinwohlorientierter Unternehmen**. Die zukünftige Regierung sollte **die Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen**, die den Fokus ihres **Unternehmenszwecks auf die Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen** legen, weiter verbessern. Mit der 2024 verabschiedeten „Nationale Strategie für Soziale Innovationen und Gemeinwohlorientierte Unternehmen“ wurde eine wichtige Weichenstellung vorgenommen, die es deutschen KMUs ermöglicht, als wichtiger Wirtschaftsfaktor gesellschaftliche Herausforderungen mit unternehmerischen Mitteln anzugehen. Diesen Weg sollte die neue Regierung weiter verfolgen und **Deutschland zu einem zentralen Standort für gemeinwohlorientiertes Wirtschaften** ausbauen. Insbesondere in globalen Lieferketten müssen die **ökologische und soziale Dimension von Nachhaltigkeit** gemeinsam gedacht und bearbeitet werden. **Fair-Handels-Unternehmen** können hierbei eine Doppelfunktion einnehmen: Zum einen verfügen sie als Pioniere des Fairen Handels über eine jahrzehntelange Expertise im Aufbau von **fairen und nachhaltigen Lieferketten** und können so als Best-Practice-Beispiel fungieren. Zum anderen sind sie von ihrem Unternehmenszweck direkt auf das Gemeinwohl ausgerichtet und wirken bereits jetzt in ihrem Handeln.

Deshalb fordern wir von der zukünftigen Bundesregierung:

- Die Einführung von **Förderprogrammen und zielgruppengerechten Finanzierungsinstrumenten**, die den strukturellen Nachteil am Markt ausgleichen, den eine Gemeinwohlorientierung nach wie vor für Unternehmen darstellt. Es braucht **passende Finanzierungsanreize** für soziale sowie ökologische Innovationen, etwa Gründungsstipendien, Social Impact Bonds oder in Form eines Nationalen Fonds für Soziale Innovationen.
- Die Einleitung von Maßnahmen, um die **Externalisierung von Kosten abzustellen**. Viele Geschäftsmodelle sind nur profitabel, weil sie die sozialen und ökologischen Kosten ihres Handelns an die Gesellschaft und die Produzent*innen am Beginn der Lieferkette auslagern. Öffentliche Investitionen müssen hier andere Anreize setzen. Zudem sollte ein Mix verschiedener Maßnahmen zur Internalisierung der externen Effekte durchgeführt werden, wie sie die Zukunftscommission Landwirtschaft bereits vorgeschlagen hat, beispielsweise eine weitere Absenkung der Mehrwertsteuer bei ökologisch und fair hergestellten Lebensmitteln.
- Die gleichwertige, wirksame Umsetzung der **ökologischen und sozialen Dimension von Nachhaltigkeit** bei **Zukunftsstrategien** (z. B. bei Nachhaltigkeits- und Biodiversitätsstrategien oder Novellen des Wettbewerbsrechts) und **Vorschriften** (z. B. öffentliche Beschaffung).
- **Die Herstellung von Politikkohärenz** durch eine Wirtschaftspolitik, die im Einklang mit den globalen Nachhaltigkeitszielen steht.

4. DEUTSCHLAND MUSS AGRARÖKOLOGIE UND DIE UNTERSTÜTZUNG BÄUERLICHER LANDWIRTSCHAFT WELTWEIT ZU FESTEN BESTANDTEILEN DEUTSCHER KLIMAPOLITIK MACHEN.

Agrarökologie und bäuerliche Landwirtschaft weltweit stärken!

Die **Landwirtschaft** ist durch die **Klimakrise** bedroht. Veränderte und immer weniger kalkulierbare Anbaubedingungen erschweren die Arbeit von Bäuer*innen weltweit. **Anpassungsmaßnahmen** sind notwendig, um vermehrten Dürren, Starkniederschlägen oder neuen Krankheiten zu begegnen. Zugleich trägt die **konventionelle Landwirtschaft auch zu Umwelt- und Klimaproblemen bei**. Durch Methanproduktion, Landnutzungsänderungen, wie z. B. Entwaldung und Veränderungen im Nährstoffhaushalt des Bodens, entstehen sowohl Treibhausgase als auch **Biodiversitätsverluste**. Letztere gefährden wichtige Ökosystemdienstleistungen, ohne die ein gesundes Leben und Wirtschaften nicht möglich ist. Die **Agrarökologie** bewirkt positive Effekte nicht nur bei der **Emissionsminderung**, der **Klimaanpassung** und dem **Schutz natürlicher Kohlenstoffspeicher**. Die Prinzipien der Agrarökologie stärken ebenfalls Ökosysteme, welche zur Erhaltung notwendiger Lebensgrundlagen beitragen. Gleichzeitig benötigt eine funktionierende

Landwirtschaft ein stabiles Klima sowie eine intakte Umwelt. Das geht nur, wenn Deutschland seine Verpflichtungen zu internationalen Vereinbarungen wie dem **Pariser Klimaabkommen** und den **globalen Nachhaltigkeitszielen einhält**.

Deshalb fordern wir von der zukünftigen Bundesregierung:

- Die **Förderung der Agrarökologie** durch politische Rahmenbedingungen als einen holistischen Ansatz für nachhaltige Landwirtschaft weltweit.
- Zivilgesellschaftliche Gruppen aus dem Globalen Süden arbeiten schon lange erfolgreich mit dem Konzept der Agrarökologie. Diese **Best-Practice-Beispiele müssen unbürokratisch finanziell gefördert werden**. Die Fördermaßnahmen müssen speziell auf kleinbäuerliche Projekte der Agrarökologie angepasst sein, also z. B. auch kleine Ausschüttungssummen erlauben.
- Den **Abbau** von sozial ungerechten sowie klima- und umweltschädlichen **Subventionen, um Gelder für notwendige** Klimafinanzierung frei zu machen.
- Die umgehende **Beendigung aller Investitionen in fossile Energien** im In- und Ausland. Deutschland muss sich auch international dafür einsetzen, keine fossilen Energien oder entsprechende Infrastrukturen zu fördern.
- Die Zahlung eines fairen Anteils an der **internationalen Klimafinanzierung**, welcher dem Ausmaß der Klimakatastrophe gerecht wird. Hierbei muss der Anteil der **Anpassungsfinanzierung verdoppelt** und zusätzliches Geld für **klimakrisenbedingte Schäden und Verluste** bereitgestellt werden. Der bereits zugesagte Eigenbeitrag von **6 Milliarden Euro Haushaltsmitteln** für internationale Klimafinanzierung darf nicht unterschritten und muss **perspektivisch auf 8 bis 10 Milliarden Euro** ausgeweitet werden.

KONTAKT:

DR. MATTHIAS FIEDLER, GESCHÄFTSFÜHRER FORUM FAIRER HANDEL

E: M.FIEDLER@FORUM-FAIRER-HANDEL.DE

TEL.: 030 28040-599